

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Feiertagen.  
Der Preis für die 24 num. beiliegende Beilagen im Umkreisgebiet ist 20 Pfennige, außerhalb des Umkreises 25 Pfennige, für die 30 num. beiliegende Beilagen 30 Pfennige, außerhalb des Umkreises 35 Pfennige.  
Postfach-Nr. 12225.  
Gemeinde-Bezirks-Nr. 28, Erzgeb., Nr. 28.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. ködlichen Behörden in Schneeberg, Adolphs, Reusitz, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Druckerei: Aue 51 und 52, Adolph (Ami Aue) 46, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551, Drahtdruck: Volkshaus Erzgebirg.

Einzelne Nummern für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis um 11 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Anzahl für die Nummern der Nummern am vorgedruckten Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Nummern der Nummern am vorgedruckten Tage. — Für Rückgabe von ungenutzten Nummern übernimmt die Geschäftsleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Kontos gelten Abzugs als nicht verbindlich. Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Adolph, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 227.

Dienstag, den 29. September 1925.

78. Jahrg.

## Amtliche Anzeigen.

Der Stadtrat zu Grünhain hat um nachträgliche Genehmigung zur Einfügung der geklärten Spülwasser der Schule in die öffentliche Hauptkanalisation und durch diese in den Osvaldbach nachgefragt. §§ 23 (insbes. Ziffer 1), 33 des Wassergesetzes.

Die Unterlagen liegen hier zur Einsichtnahme aus.  
Etwasige Einwendungen gegen die begehrt besondere Benutzung und Anlage sind binnen 14 Tagen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung.  
Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Freiheitslauf nicht ausgeschlossen.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 26. Sept. 1925.

Das im Grundbuche für Adolphs, Blatt 207, auf den Namen des Elektrikmeisters Kurt Kluge in Adolphs eingetragene Grundstück soll am 20. November 1925, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3, Nr. groß und auf 4650 M. geschätzt.

Das Grundstück besteht aus Wohnhaus und Garten und ist an der Stollbergerstraße (Ortslistennummer 424) gelegen. Es besteht aus den Flurstücken 582 und 583 des Flurbuchs für Adolphs.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamtes sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schenkungen, ist jedem gestattet.

Rechts auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 10. Juli 1925 verlautbarten Versteige-

rungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt.

Adolphs, den 25. September 1925. Das Amtsgericht.  
Dienstag, den 29. September 1925, vormittags 10 Uhr, sollen in Aue 22 Hände Meiers Konversations-Bezogen, 1 Fäß Brandwein und mehrere Posten verschiedene Möbel öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Meier Restaurant „Zur Eiche“.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Sonntag, den 10. Oktober 1925, vormittags 9 Uhr, sollen in Döhlers Restaurant in Schwarzenberg-Sachsenfeld 576 Stück Adhärenz-Feuer-Manometer (Messinggehäuse vernickelt), 50 mm Durchmesser, öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Der Vollstreckungsbeamte des Finanzamtes Schwarzenberg.

## Straßenperrung.

Wegen Beförderung ist vom Mittwoch, 30. September 1925, die August-Heinrich-Straße im Ortsteil Reumelt von Staats- bis Talstraße für jeden Fahrverkehr bis auf weiteres gesperrt.

Schwarzenberg, am 28. September 1925.

Der Rat der Stadt. — Stadtbauamt. —

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Adolphs und Schwarzenberg eingesehen werden.

## Nachruf.

Am 24. September ist Herr Stadtverordneter

## Adolph Schubert

verschieden, der dem Stadtverordneten-Kollegium seit dem 1. Januar 1913 angehörte.

Der Stadtrat und die Stadtverordneten betrauern seinen Verlust schmerzlich.

In ihm verlieren sie einen treuen Mitarbeiter, der sich jederzeit mit Ernst und Sachlichkeit seiner Pflichten als Stadtverordneter und Mitglied wichtiger städt. Ausschüsse annahm.

Wir würden stets dankbar und ehrend seiner gedenken.

Schneeberg, den 26. Sept. 1925.

Der Stadtrat. Die Stadtverordneten.  
Richter. Schubert.  
stellv. Bürgermeister. Stadtverordn.-Vorsteher.

## Vor der Paktkonferenz.

Die steht es mit der nationalen Front? Diese Frage bewegt in diesen Tagen besonders die Herzen der Vaterlandsfreunde. Es schien zeitweise, als ob zu dem Konflikt zwischen Rechts und Links, der aus der Oppositionsstellung der Linken gegen alles, was von der Regierungskoalition kommt, geboren ist, noch eine Krise zwischen den Rechtsparteien sich gesellen würde. Diese unmittelbare Gefahr ist augenblicklich gebannt, es ist nach der Annahme der Einladung zur Paktkonferenz eine gewisse Ruhe eingetreten. Die Meinungsverschiedenheiten können aber vielleicht aufleben, wenn die Verhandlungen mit den Alliierten im Gange sind und wenn die Ergebnisse der Besprechungen vorliegen. Es wird von Vorteil sein, daß sich die öffentliche Meinung bereits jetzt über die Grenzen klar wird, bis zu denen unsere Forderungen und Zugeständnisse gehen dürfen, und über die Folgen, die eine akute Krise zwischen den Regierungsparteien haben muß.

Die Regierung wird ihre Gründe für ihre Ausschweifungen über die Ergebnisse der Juristenkonferenz in London haben. Ob es aber von Vorteil sein wird, daß auch die Kommanden Ministerbesprechungen unter „Geheim“ gehen, möchten wir bezweifeln. Unsere Unterhändler dürfen an den Äußerungen des Volkswillens zu den einzelnen Phasen der Verhandlungen nicht vorübergehen, solche sind aber nur möglich, wenn das Volk nicht im Unklaren gelassen wird. Eine Kabinettpolitik muß ausgeschlossen sein, wo es sich um die Interessen des ganzen Volkes handelt. Die Kritik darf sich, worauf noch besonders hingewiesen werden soll, nicht durch Sympathien für und Antipathien gegen die Personen der deutschen Verhandlungsführer beeinflussen lassen. Nach dieser Richtung hin können Bedenken über die Doppelstellung nicht verschwiegen werden, welche der deutsche Außenminister als Vertreter des ganzen Volkes und als Führer einer der maßgebenden Parteien einnimmt. Es ist kein Geheimnis, daß in den eben vergangenen Tagen auch hervorragende Mitglieder der Deutschen Volkspartei den Nachteil dieser Personalunion erkannt haben.

Für die Geschäftigkeit, mit welcher die Abgesandten gewisser Parteien, die in Genuß herummühen, eine Nebenkonferenz zu etablieren versuchen, sollte man in Deutschland ein offenes Auge haben. Sie arbeiten den Zielen der Regierung entgegen und machen sich bei den Gegnern als Erfüllungspolitiker beliebt. In Paris wird schon das Märchen verbreitet, daß die Rechtsregierung am Ende ihrer Kraft und daß eine Linkskoalition spätestens nach der Konferenz ihren Platz einnehmen werde. Außerdem gibt es in der Schweiz zahlreiche „Deutsche“, die nichts unversucht lassen, sich bei den Verhandlungsgegnern anzuschmieren, und die ihre persönliche Zukunft bereits auf den Bölkerbund eingestellt haben, in dem sie eine willkommene Gelegenheit sehen, an die Futterkrippe zu kommen. Ihnen bedeutet das Vaterland nichts, die Erlangung von Sonderprivilegien alles. Der „E. B.“ erhält von einem

Gewährsmann folgende Charakterisierung dieser dunklen Elemente:

„Sie bilden eine Klasse für sich, indem sie mit brennendem Eifer die Brücke zwischen Frankreich und Deutschland zu schlagen suchen und zu ungeraten Ungunsten mit Stimmungsmache und den verwerflichsten Mitteln zur Erreichung ihrer materiellen Ziele arbeiten. Selbst anerkannte Pazifisten haben ihren Absichten vor diesen Treibereien bereits zum Ausbruch gebracht. Es gibt unter den „Friedensfreunden“ aber neben ehrlichen Ideologen und Idioten auch wahre Verbrechensnaturen, die ganz offenkundig im französischen Golde stehen. Sie werden hauptsächlich ihr Tätigkeitsfeld vorübergehend nach dem Konferenzort verlegen, um durch Verbreitung von Sensationsmeldungen je nach Bedarf gewisser „Börse“ ihrer Friedensliebe in Geld ummünzen zu können und das Verhalten der deutschen Rechtskreise ganz im Geiste Frankreichs vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren.“

Diesen Freibeutern der Konferenzen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist eine der schwierigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. Sie kann nur gelöst werden, wenn alle anfänglichen politischen Elemente Deutschlands sich gegen sie wenden. Ein Bruch der nationalen Front würde das Vaterland diesen Leuten, die zu einer Linkskoalition bald die richtige Einstellung bekommen würden, ausliefern.

## Übergabe der deutschen Antwortnote.

Berlin, 27. Sept. Im Laufe des gestrigen Tages ist den Regierungen in London, Paris und Brüssel durch die deutschen Vertreter die deutsche Antwort auf die Einladung zur Ministerkonferenz mitgeteilt worden. Als Termin der Veröffentlichung hat die deutsche Regierung Dienstag vormittag vorgeschlagen, doch ist eine endgültige Vereinbarung hierüber noch nicht getroffen worden. Als Zeitpunkt der Konferenz wird nach wie vor der 5. Oktober, von dem auch in der deutschen Antwortnote die Rede war, als wahrscheinlich angenommen. Ueber den Ort sind endgültige Vereinbarungen noch nicht getroffen, die deutsche Note schlägt Luzern vor.

Wie die „N. Z.“ zu melden weiß, hat der Auftrag der deutschen Vertreter in London, Paris und Brüssel sich nicht darauf beschränkt, die schriftliche Antwortnote der Reichsregierung zu überreichen, sondern anschließend daran mündliche Mitteilungen und Erläuterungen zu geben, die sich auf zwei Punkte beziehen: 1. auf die Kriegsschuldfrage, 2. auf die Räumung der Kölner Zone. Die Räumung der Kölner Zone wird zwar nicht als Voraussetzung für die Paktverhandlungen bezeichnet, es wird aber deutlich kundgegeben, daß die Stellungnahme der Alliierten zu der Frage der Räumung der Kölner Zone von entscheidender Bedeutung für die Verhandlungen auf der Konferenz sein werde. Die mündlichen Erklärungen der Botschafter wurden beim Abschluß der Unterredungen in der Form einer Verbalnote auch schriftlich, sowohl in London und in Paris wie auch in Brüssel übergeben.

## Die Konferenzfrage im Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 27. Sept. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Sonnabend mit Vorh. des Abg. Herrg. (Dnatl.) zusammen, um über die mit dem Sicherheitspakt zusammenhängende politische Lage zu beraten. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann erstattete Bericht.

Es äußerten sich ferner u. a. die Abgeordneten Graf Westarp (Dnatl.), Müller-Franken (Soz.) und Dr. Raas (Ztr.). Der Sitzung wohnte der Reichsanwalt Dr. Lutzer bei.

London, 27. Sept. „Sunday Times“ zufolge ist der von den Juristen in London vorbereitete Paktentwurf ein kurzes Dokument. Seine Einleitung sei in weitem Maße von der Form der belgischen und luxemburgischen Neutralitätsverträge von 1889 und 1867 beeinflusst. Die wesentlichsten Klauseln bezögen sich auf den Fall eines sog. flagranten Angriffs. Dieser Fall sei erstens eine in großem Umfang erfolgte Verletzung der Grenze einer der Signatarmächte durch die Streitkräfte eines anderen oder offene militärische Massenzugänge an der einmilitarisierten Rheinzone mit der offensibaren Absicht anzugreifen. Andere Klauseln bezögen sich auf den deutschen Eintritt in den Bölkerbund und auf die Befestigung. In beiden erwählten Fällen würde Großbritannien oder jede andere Garantemacht sich das Recht vorbehalten, mit bewaffneter Macht anzugreifen, um die nichtschuldige Partei zu verteidigen, ohne zu warten, daß der Bölkerbund eine Partei als den Angreifer bezeichne. Mit anderen Worten: Großbritannien würde selbst die Tatsache beurteilen, z. B. ob der Angriff unprovokiert ist, und werde seine Handlungsweise entsprechend wählen, wobei im Zweifelsfalle die Entscheidung des Bölkerbundes abgewartet werden würde. Aber auch nach dieser tatsächlichen Intervention würde der Fall vom Bölkerbund zu beurteilen sein.

Paris, 27. Sept. „Temps“ beschäftigt sich in einem Beilagenartikel mit der gestern überreichten deutschen Antwort. Trotz der Proteste der Nationalisten sei es wenig wahrscheinlich, daß das Berliner Kabinett den Charakter und die Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen ernstlich zu beschränken suchen werde. Es werde jedoch sich bemühen, Versicherungen zu erlangen, welche den unmittelbaren Befürwortern aller deutschen Parteien entsprechen. Alle Deutschen seien darin einig, vor der Unterzeichnung des Sicherheitspattes und vor Deutschlands Eintritt in den Bölkerbund einen Widerruf der Verantwortung Deutschlands für den Krieg und das Versprechen einer schleunigen Räumung der Kölner Zone zu fordern. Es sei möglich, daß Berlin ganz besonders auf diesen beiden Fragen bestehen werde. „Temps“ führt fort: Man verlangt von Deutschland nicht ein neues Zugeständnis seiner Verantwortung für den Krieg, aber diese Verantwortung ist in Artikel 231 des Friedensvertrages festgelegt. Keine Macht ist in der Lage, diesen Artikel 231 aufzuheben. Bezüglich der Kölner Zone steht man nicht, welche Versicherung Deutschland gegeben werden könnte, da es allein von ihm abhängt, daß die erste Besetzungszone von den Alliierten verlassen wird. Die Räumung der Kölner Zone und der Abschluß eines rheinischen Sicherheitspattes sind zwei voneinander unabhängige Probleme, was die Deutschen selbst zu geben haben.

## Der Reichstag tritt nicht zusammen.

Berlin, 27. Sept. Der Reichstagsrat des Reichstages lehnte am Sonnabend den Antrag der kommunistischen Fraktion, den Plenum des Reichstages für die nächste Woche einzuberufen, ab. Demnach bleibt es vorläufig dabei, daß der Reichstag etwa am 19. November wieder zusammentritt.

Rom, 27. Sept. Der deutsche Geschäftsträger teilte dem Ministerium des Auswärtigen gestern nachmittag mit, daß die deutsche Regierung an der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt teilnehmen werde.